

Die dritten Parlamentswahlen nach dem Neubeginn in Kambodscha

Der lange Weg zu demokratischer Normalität

Aus den dritten demokratischen Parlamentswahlen in Kambodscha nach dem Ende des Khmer Rouge Terror-Regimes und des anschließenden Bürgerkriegs ist erneut die ehemals kommunistische Kambodschanische Volkspartei von Ministerpräsident Hun Sen als klarer Sieger hervorgegangen. Trotz mancher Gewalttätigkeiten und illegaler Praktiken im Wahlkampf wird die Wahl von nationalen wie internationalen Wahlbeobachtern überwiegend als positiver Schritt auf dem Weg zur Stabilisierung der jungen Demokratie angesehen. Die kambodschanische Verfassungsvorschrift, dass die Regierung mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden muss, hat jedoch nach der Wahl zu einer politischen Blockade geführt: Die beiden kleineren ins Parlament gewählten Parteien FUNCINPEC und Sam-Rainsy-Partei fordern eine Allparteienkoalition mit Bedingungen, die die Kambodschanische Volkspartei als unzumutbar ablehnt. So steht das Land in der Gefahr, in eine schwere Verfassungskrise zu geraten. Sollte die Allparteienregierung doch zustande kommen, zeichnen sich massive Konflikte und Instabilität der Regierung ab. Nur bei Verantwortungsbewusstsein und Kompromissbereitschaft der Parteiführer bestünde die Chance, diese Situation für eine überfällige Verfassungsreform und für das gemeinsame Angehen der großen Probleme Rechtlosigkeit und Korruption zu nutzen.

■ Wahlergebnis und Wahlverhalten

Zum dritten Mal nach dem Ende des Bürgerkriegs und des kommunistischen Einparteienregimes fanden am 27. Juli 2003 Parlamentswahlen zur Nationalversammlung im Königreich Kambodscha statt. Wie bereits 1993 und 1998 fand auch dieser Urnengang unter intensiver Beobachtung der internationalen Gebergemeinschaft statt, die weitere Hilfe an die Bedingung knüpfte, dass die Wahlen ausreichend frei und fair verlaufen würden. Doch aufgrund des komplexen Vorbereitungsverfahrens und der politischen Kultur des Landes erscheint es nicht ausreichend, die Beurteilung der demokratischen Qualität der Wahlen und der Aussagekraft des Wahlergebnisses alleine am Wahlakt festzumachen. Eine Einschätzung der Bedeutung der Wahlen im langwierigen Prozess der Versöhnung und des Aufbaus von Demokratie, Rechtsstaat und sozialem Frieden in Kambodscha muss die Rahmenbedingungen, unter denen sie durchgeführt wurden, und die Weichenstellungen, die sie für die nächsten Jahre gebracht haben, einbeziehen.

Endergebnis, Sitzverteilung und Wahlbeteiligung

Wie bereits fünf Jahre zuvor ging die Kambodschanische Volkspartei (KVP) als Sieger aus den Wahlen hervor. Mit 47,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen errang die Partei unter ihrem Vorsitzenden Chea Sim (auch Präsident des Senats, der zweiten Kammer des Parlaments) und Ministerpräsident Hun

Sen 73 der 123 Sitze in der Nationalversammlung (siehe Tabelle 1). Die royalistische Front Uni National pour un Cambodge Indépendent, Neutre, Pacifique et Coopératif (FUNCINPEC) unter Parlamentspräsident Prinz Norodom Ranariddh kam auf 20,8 Prozent und 26 Mandate. Die Sam-Rainsy-Partei (SRP), einzige Oppositionspartei im bisherigen Parlament, erzielte unter ihrem Spitzenkandidaten und Namensgeber Sam Rainsy 21,9 Prozent und wird künftig 24 Sitze in der kambodschanischen Volksvertretung einnehmen (trotz eines höheren Stimmenanteils erreichte sie zwei Mandate weniger als die FUNCINPEC). Die restlichen zwanzig kleinen Parteien kamen zusammen auf zehn Prozent und gingen bei der Sitzverteilung leer aus.

Der Vergleich zur Wahl 1998 zeigt, dass die KVP ihre Spitzenposition mit einem Zugewinn von sechs Prozent weiter festigen konnte. Die FUNCINPEC, die als Juniorpartner in einer Koalition mit der KVP die Regierung stellte, musste herbe Verluste (– 10,9 Prozent) hinnehmen, während die SRP die stärksten Zuwächse (+ 7,6 Prozent) verbuchen konnte. Insgesamt hat die KVP erstmals bei Parlamentswahlen mehr Stimmen gewonnen als das traditionelle FUNCINPEC-Lager (in den neunziger Jahren gab es zahlreiche Abspaltungen und Parteineugründungen, darunter auch die der SRP, von der FUNCINPEC).

■ Tabelle 1: Das Wahlergebnis 2003 im Vergleich zu 1998

2003			1998			Veränderung	
Partei	Prozent	Sitze (123)	Partei	Prozent	Sitze (122)	Prozent	Sitze
KVP	47,4	73	KVP	41,4	64	+ 6,0	+ 9
FUNCINPEC	20,8	26	FUNCINPEC	31,7	43	– 10,9	– 17
SRP	21,9	24	SRP	14,3	15	+ 7,6	+ 9
Sonstige	10,0	–	Sonstige	12,6	–	– 2,6	–
Wahlbeteiligung 83,2 Prozent			Wahlbeteiligung 93,7 Prozent			– 10,5	

Bei den kleinen Parteien zeigte sich ein weiterer Rückgang ihrer Bedeutung. Während 1998 noch 36 Parteien mit eigenen Listen neben den drei größeren Parteien angetreten waren, ging ihre Zahl 2003 auf 20 zurück. Auch ihr Stimmenanteil hat sich weiter reduziert, was auf eine Verfestigung des Parteiensystems in Kambodscha hindeutet.

Die Diskrepanz zwischen Stimmenanteil und gewonnenen Sitzen ist durch das kambodschanische Wahlsystem begründet. Insgesamt gibt es 24 Wahlkreise (jede der 24 Provinzen oder provinzfremen Städte des Landes bildet einen Wahlkreis), in denen je nach Größe eine unterschiedliche Anzahl von Sitzen (von einem bis 18) vergeben wird. Zur Wahl stehen in jedem Wahlkreis die Listen mit den Vertretern der einzelnen Parteien. Durch das Verfahren des höchsten Durchschnitts werden dann die erzielten Stimmen auf Mandate umgerechnet.

■ **Trotz des hohen Wahlsiegs der KVP wird sie auch in Zukunft nicht alleine regieren können, da sie die Regierungsmehrheit um neun Sitze verfehlt hat.**

Trotz des hohen Wahlsiegs der KVP wird sie auch in Zukunft nicht alleine regieren können, da sie die Regierungsmehrheit um neun Sitze verfehlt hat. Nach der kambodschanischen Verfassung muss eine Zweidrittel-Mehrheit der Nationalversammlung den Ministerpräsidenten wählen. 1993 war in dem von der UN moderierten Übergangsprozess vom kommunistischen Einparteienstaat in eine konstitutionelle Monarchie mit demokratischem Parteienpluralismus dieses Prinzip in der Verfassung verankert worden, da man sich durch ein Konkordanzmodell mehr Stabilität im stark polarisierten Kambodscha erhoffte. Profitiert hatte damals vor allem die KVP, die bei den Wahlen 1993 nur als zweitstärkste Partei hinter der FUNCINPEC abgeschlossen hatte, durch diese Regelung aber ihre praktisch gleichgewichtige Einbeziehung in die Regierung erzwingen konnte.

Die Wahlbeteiligung am 27. Juli lag bei 83,2 Prozent. Rund 6,3 Millionen Menschen oder 93 Prozent aller wahlberechtigten Einwohner Kambodschas hatten sich sechs Monate zuvor als Wähler registrieren lassen, so dass der Wahlakt insgesamt zwei aktive Betätigungen der Bürgerinnen und Bürger verlangte. Die diesjährige Beteiligung lag deutlich unter der von 1998, als fast 94 Prozent zu den Urnen gingen. Als Ursache des Rückgangs der Wahlbeteiligung werden neben organisatorischen Mängeln von FUNCINPEC und SRP vor allem unfaire Praktiken der KVP genannt. Unter anderem werfen sie der Volkspartei vor, die Wahlausweise von mittellosen Personen, die nicht der KVP nahe stehen, systematisch für wenig Geld gekauft zu haben, so dass diese nicht wählen konnten. Darüber hinaus hätten auch – so die beiden Parteien – die Einschüchterungen der Volkspartei in vielen Kommunen ihr Ziel erreicht, potenzielle Wäh-

ler der anderen Parteien von einer Beteiligung abzuschrecken. Schließlich waren auch die Wartezeiten vor manchen Wahllokalen so lang, dass einige Wähler frustriert nach Hause gegangen sind. Dabei gab es Berichte, dass Wähler, die sich zuvor zur KVP bekannt hatten, vorgelassen wurden, während Anhänger der Opposition länger warten mussten. Andererseits wurden in einigen Kommunen ethnische Vietnamesen, die traditionell eher KVP wählen, von aufgebrachten Jugendlichen vom Wählen abgehalten.

Angesichts der großen Zahl von Kambodschanern, die aufgrund zeitweiliger Beschäftigung weit weg von ihren abgelegenen Wohnorten in den Städten oder sogar im thailändischen Grenzgebiet leben, muss die Zahl derer, die sich an der Wahl beteiligt haben, aber als erstaunlich hoch angesehen werden. Dies sowie der große Abstand zwischen dem Wahlsieger KVP und den beiden anderen Parteien lassen es als sicher erscheinen, dass auch ein absolut fairer Wahlprozess zu keinem wesentlich anderen Ergebnis geführt hätte.

Das Wahlverhalten im Spiegel des Stadt-Land-Unterschieds

Die KVP siegte in 23 von 24 Wahlkreisen, wobei sie in 14 Provinzen sogar die absolute Mehrheit erzielte (siehe Tabelle 2). Besonders stark schnitt sie in ländlichen Gebieten ab. In den dünn besiedelten Provinzen Mondulkiri, Ratanakkiri und Preah Vihear erzielte sie sogar über 60 Prozent; dies gelang ihr sonst nur noch in Svay Rieng, einer etwas größeren Provinz an der vietnamesischen Grenze, in der überdurchschnittlich viele ethnische Vietnamesen leben. Die traditionell guten Beziehungen zwischen der KVP und Vietnam bestehen seit dem Ende der Khmer-Rouge-Tyrannie, als Hanoi nach der Vertreibung der Khmer Rouge die von ihr unterstützte und abhängige Partei mit der Verwaltung des Landes beauftragte.

Betrachtet man die vier größten Provinzen, in denen 52 Mandate vergeben wurden, zeigt sich, dass mit Ausnahme von Prey Veng dort FUNCINPEC und SRP zusammen besser abgeschnitten haben als die KVP. Diese Wahlkreise zeichnen sich durch einen größeren Anteil städtischer Bevölkerung aus. Höhere Bildung und Einkommen sowie besserer Zugang zu Informationen führen anscheinend zu einem anderen Wahlverhalten. Das zeigt vor allem das außerge-

■ Die KVP siegte in 23 von 24 Wahlkreisen, wobei sie in 14 Provinzen sogar die absolute Mehrheit erzielte (siehe Tabelle 2). Besonders stark schnitt sie in ländlichen Gebieten ab.

■ Tabelle 2: Ergebnisse 2003 nach Wahlkreisen (Provinzen/provinzfreie Städten)

Wahlkreise und Sitze	Gültige Stimmen (in % aller registr. Wähler)	KVP (in % und gew. Sitze)	FUNCINPEC (in % und gew. Sitze)	SRP (in % und gew. Sitze)
Banteay Meanchey (6)	224 177 (72,8)	47,6 4	19,4 1	23,1 1
Battambang (8)	325 965 (78,2)	48,8 5	14,9 1	27,1 2
Kompong Cham (18)	717 765 (81,2)	39,9 8	22,9 5	22,9 5
Kompong Chnang (4)	186 846 (84,1)	56,6 3	18,6 1	12,8 –
Kompong Speu (6)	282 339 (83,1)	53,0 4	22,5 1	13,3 1
Kompong Thom (6)	233 286 (77,6)	43,3 4	20,8 1	21,5 1
Kampot (6)	229 856 (81,4)	47,6 3	26,4 2	15,5 1
Kandal (11)	554 312 (87,0)	39,9 5	24,1 3	25,7 3
Kep (1)	14 251 (84,2)	55,0 1	30,5 –	7,0 –
Koh Kong (1)	44 096 (69,1)	55,0 1	15,1 –	20,6 –
Kratie (3)	110 336 (82,0)	46,5 2	26,8 1	18,8 –
Mondulhiri (1)	12 974 (69,6)	68,4 1	13,4 –	8,9 –
Oddar Meanchey (1)	42 357 (76,6)	56,4 1	17,8 –	15,4 –
Pailin (1)	15 482 (67,5)	53,2 1	10,8 –	29,8 –
Phnom Penh (12)	460 941 (79,6)	32,6 4	14,2 2	47,2 6
Preah Vihear (1)	49 116 (75,4)	60,1 1	12,0 –	14,5 –
Prey Veng (11)	461 598 (84,2)	47,9 6	26,0 3	14,5 2
Pursat (4)	152 071 (81,9)	58,1 3	22,5 1	12,4 –
Ratanakiri (1)	35 417 (68,2)	64,4 1	12,8 –	10,2 –
Siem Reap (6)	285 474 (81,6)	59,4 4	13,5 1	18,2 1
Sihanoukville (1)	61 845 (76,8)	44,7 1	18,0 –	29,9 –
Stung Treng (1)	33 808 (78,1)	54,1 1	20,4 –	16,2 –
Svay Rieng (5)	231 859 (83,2)	61,4 4	15,8 1	15,3 –
Takeo (8)	402 666 (88,3)	53,1 5	24,9 2	16,8 1
Kambodscha Gesamt (123)	5 168 837	47,4 73	20,8 26	21,9 24

wöhnliche Wahlergebnis in Phnom Penh. Hier siegte die SRP mit deutlichem Abstand und gewann sechs von zwölf Mandaten.

Das Wahlergebnis in Phnom Penh zeigt, dass die Methoden und Stärken, die die KVP in ländlichen Gebieten erfolgreich machen (und mit denen sie die Wahlen gewann, denn rund 85 Prozent der 13 Millionen Einwohner des Königreichs leben dort), sich nicht oder kaum auf die städtischen Gebiete übertra-

gen lassen. In den weniger entwickelten Regionen ist es der KVP über lange Zeit gelungen, als einziger politischer Akteur von der Bevölkerung wahrgenommen zu werden, da sie auf Strukturen zurückgreifen kann, die sie seit über zwanzig Jahren etabliert hat, und da sie darüber hinaus ganz überwiegend die Verwendung der öffentlichen Mittel in den Bereichen Gesundheit, ländliche Entwicklung und Bildung kontrolliert. Ihre Stärken bestehen in der schnellen Mobilisierung materieller und personeller Ressourcen, der guten Organisation der Parteimaschinerie bis in alle Dörfer hinein und in der Übermittlung politischer Inhalte in der einfachen Sprache der ländlichen Bevölkerung. Eine Schlüsselposition hat in diesem Zusammenhang der Dorfchef inne. Durch seine besondere Machtposition und den intensiven Zugang zur meist kleinen Dorfgemeinschaft hat er enorme Einflussmöglichkeiten. Die Dorfchefs werden bislang durch das Innenministerium eingesetzt; die Loyalität gilt dabei zunächst fast ausnahmslos der KVP. Im Zuge der Dezentralisierung sollten sie eigentlich bereits durch neue, von der Bevölkerung unter Kontrolle der demokratisch gewählten Gemeinderäte ausgesuchte Dorfvorsteher ersetzt werden, was jedoch offenbar aus gutem Grund von der KVP-dominierten Regierung vor den Parlamentswahlen nicht realisiert wurde.

Diese Strukturen verschafften der KVP auch bei diesen Wahlen unschätzbare Vorteile gegenüber den anderen Parteien und gelten als wichtigster Faktor zur Erklärung des Wahlergebnisses. Die Wahlen haben aber auch gezeigt, dass mit dieser Vorgehensweise die kritischere Stadtbevölkerung weniger gut erreicht wird. Hinzu kommt, dass die KVP mit ihrem meist überalterten Personal auf Teile der jüngeren, gebildeten Wählerschaft wenig attraktiv wirkt.

Die Wähler und ihre Parteiorientierungen

Ob die Prägekraft der Parteien, die Einstellung zu politischen Sachfragen oder die Wirkung der Kandidaten ausschlaggebend für die Wahlentscheidung des Einzelnen in Kambodscha ist, kann aufgrund fehlender empirischer Daten nicht abschließend beantwortet werden. Bis auf die Spitzenkandidaten von KVP, FUNCINPEC und SRP sind nur wenige Parteipolitiker bekannt; Sachfragen wurden zwar im Wahl-

■ In den weniger entwickelten Regionen ist es der KVP über lange Zeit gelungen, als einziger politischer Akteur von der Bevölkerung wahrgenommen zu werden, da sie auf Strukturen zurückgreifen kann, die sie seit über zwanzig Jahren etabliert hat, und da sie darüber hinaus ganz überwiegend die Verwendung der öffentlichen Mittel in den Bereichen Gesundheit, ländliche Entwicklung und Bildung kontrolliert.

■ **FUNCINPEC und SRP führten über weite Strecken einen nationalistischen Wahlkampf mit insbesondere gegen Vietnam und die in Kambodscha lebenden ethnischen Vietnamesen gerichteten Argumenten.**

kampf diskutiert, doch gravierende Unterschiede waren kaum auszumachen, wenn es um die Konzepte für die zukünftige Entwicklung des Landes ging. Allerdings führte die KVP in der Endphase den Wahlkampf mit der Parole, dass nur die Wahl der KVP auch weiterhin Frieden und Stabilität garantiere – was von vielen Wählern durchaus als glaubwürdige Drohung verstanden wurde, dass es bei Wahlverlusten der KVP erneut Unruhen oder Krieg geben würde. FUNCINPEC und SRP wiederum führten über weite Strecken einen nationalistischen Wahlkampf mit insbesondere gegen Vietnam und die in Kambodscha lebenden ethnischen Vietnamesen gerichteten Argumenten.

Grundsätzlich lassen sich die Wähler der drei großen Parteien voneinander abgrenzen, obwohl sicherlich nicht jeder in die folgenden Kategorien passt:

(1) Die Wähler der Sam-Rainsy-Partei rekrutieren sich besonders aus der jüngeren Bevölkerung in Phnom Penh und anderen urbanen Gebieten, wobei Studenten und Hochschulabsolventen sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Industriebetrieben (vor allem Bekleidungsfabriken) dominieren. Besonders die Korruption der herrschenden Klasse ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie sehen in Sam Rainsy, der täglich gegen Korruption und Willkür der herrschenden KVP wettert, ihren Vorkämpfer. Außerdem ist bei den Wählern der SRP eine erbitterte Ablehnung von Ministerpräsident Hun Sen weit verbreitet.

(2) Die Unterstützer der FUNCINPEC sind zum Teil noch in den fünfziger und sechziger Jahren sozialisiert und politisiert worden. Sie kennen noch die Regierungszeit direkt nach Erlangung der Unabhängigkeit von Frankreich 1953 und die damalige starke Stellung von Norodom Sihanouk als König bzw. Regierungschef. Viele von ihnen haben Jahre im Exil in Europa oder in den thailändischen Flüchtlingslagern verbracht und sind erst nach dem Pariser Frieden von 1991 wieder nach Kambodscha zurückgekehrt. Diese Wählerschaft ist in großen Teilen ziemlich alt, was mit ein Grund dafür sein dürfte, dass die Partei seit 1993 kontinuierlich an Unterstützung eingebüßt hat. Dieser Rückgang liegt jedoch auch daran, dass der FUNCINPEC eine inhaltliche Neuausrichtung bisher nicht gelang: Noch hat die Partei, geschwächt durch innere Machtkämpfe, neben dem Prinzip der Königs-

treue keine weiteren unverwechselbaren Merkmale hinzugewonnen.

(3) Wähler der KVP schließlich sind besonders von den Ereignissen der letzten dreißig Jahre beeinflusst. Sie haben das Terrorregime der Roten Khmer, die Befreiung und Besetzung durch Vietnam in den achtziger Jahren und die unruhigen neunziger Jahre mit Fortführung des Bürgerkriegs und harten politischen Auseinandersetzungen erlebt. Sie wünschen sich in erster Linie politische Stabilität, die sie sich von einer starken kambodschanischen Volkspartei erhoffen, was besonders gut durch die enorme Machtfülle Hun Sens verkörpert wird. Große Teile der Landbewohner, die in den achtziger und neunziger Jahren am meisten unter dem Bürgerkrieg und den fortgesetzten Aktionen der Roten Khmer zu leiden hatten, sowie Personen, die der KVP ihr berufliches Fortkommen zu verdanken haben (vor allem im öffentlichen Dienst), gehören zur Stammwählerschaft der Partei.

■ Die Rahmenbedingungen der Parlamentswahlen

Der eigentliche Beginn des Vorwahlprozesses kann auf die Auseinandersetzung um die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes im Sommer 2002 datiert werden. Das Wahlgesetz regelt vor allem die Zusammensetzung der Nationalen Wahlkommission, die für die Durchführung der Wahlen verantwortlich ist; sie unterliegt keinen Weisungen anderer Organe und entscheidet über die Zusammensetzung der Wahlkommissionen auf Provinz- und Gemeindeebene. Durch das neue Gesetz sollten vor allem Ineffizienz und Parteilichkeit der Kommission überwunden werden, die bei früheren Wahlen beklagt worden waren. Letzteres verhinderte jedoch die kambodschanische Volkspartei, indem sie durchsetzte, dass die fünf Mitglieder vom Innenminister vorgeschlagen und durch die Nationalversammlung bestätigt werden. Nach Meinung einiger Nichtregierungsorganisationen (NROs) und der SRP standen so der Koalition breite Möglichkeiten offen, die Wahlkommissionen auf allen Ebenen mit ihr gegenüber loyalen Personen zu besetzen (insgesamt verfügte die Kommission während des Wahlprozesses über 73 000 Mitarbeiter).

In Analysen der Situation in den Provinz- und Gemeindekommissionen kamen sowohl das Com-

■ Nach Meinung einiger Nichtregierungsorganisationen (NROs) und der SRP standen der Koalition breite Möglichkeiten offen, die Wahlkommissionen auf allen Ebenen mit ihr gegenüber loyalen Personen zu besetzen.

mittee for Free and Fair Elections (COMFREL), eine der großen Nichtregierungsorganisationen, als auch das Asian Network for Free Elections (ANFREL) zu dem Ergebnis, dass zumindest in einigen Provinzen und in vielen Kommunen die Kommissionen von Zusammensetzung und Verhalten her nicht neutral gewesen seien. Unzulänglichkeiten gab es schließlich auch beim Registrierungsprozess, der darüber hinaus an manchen Orten von Einschüchterungsversuchen seitens örtlicher Funktionäre der KVP belastet war.

Die Parteien im Wahlkampf

■ Die politische Atmosphäre beim Beginn der offiziellen Wahlkampfphase am 26. Juni kann allgemein als friedlich bezeichnet werden. Dies zeigt sich besonders an dem Verhaltenskodex, zu dessen Einhaltung sich bis auf wenige kleine radikale Parteien alle politischen Gruppierungen verpflichtet hatten.

Die politische Atmosphäre beim Beginn der offiziellen Wahlkampfphase am 26. Juni kann allgemein als friedlich bezeichnet werden. Dies zeigt sich besonders an dem Verhaltenskodex, zu dessen Einhaltung sich bis auf wenige kleine radikale Parteien alle politischen Gruppierungen verpflichtet hatten. In ihm finden sich allgemeine Prinzipien, die in Wahlkämpfen moderner Demokratien üblich sind und nun auch in Kambodscha eingehalten werden sollten. Eine der Folgen war, dass FUNCINPEC und die Oppositionsparteien anders als bei früheren Wahlen ihre Kampagnen und Plakatierungen fast ungestört durchführen konnten. Auch andere Wahlkampfmethoden glichen immer mehr modernen Standards. Canvasing, Besuche der Spitzenkandidaten in den Provinzen und öffentlich ausgetragene und über die Medien verbreitete Debatten gehörten 2003 erstmals zum Erscheinungsbild der vierwöchigen Kampagnen.

Gewalt in der kambodschanischen Politik allgemein und speziell im Wahlkampf ist zwar nach wie vor augenscheinlich, aber – gemessen an den letzten Wahljahren – rückläufig. COMFREL zählte insgesamt 31 politisch-motivierte Morde im achtmonatigen Vorwahlprozess (darunter elf KVP-, elf SRP- und neun FUNCINPEC-Mitglieder). Außerdem wurden 23 ernsthafte Fälle von Bedrohung und Einschüchterung gezählt, in weiteren 268 Fällen wurden politische Veranstaltungen und Kundgebungen gestört. Einerseits zeigen die Zahlen zwar eine Verbesserung zu den Referenzjahren 2002 (Kommunalwahlen), 1998 und 1993 (je Parlamentswahlen), andererseits sind die angewandten Methoden jedoch subtiler geworden und somit schwerer nachzuweisen.

Besonders der Versuch des Kaufs von Wählerstimmen (eigentlich gesetzlich verboten) war nach wie vor verbreitet, wenn auch nicht flächendeckend beobachtbar, in den meisten Fällen durch Anhänger und Funktionäre der KVP. Die kambodschanische Bevölkerung ist noch stark geprägt von totalitären und autoritären Strukturen der Vergangenheit, so dass sie nur durch langfristige politische Bildungsprogramme von ihren demokratischen Rechten überzeugt und gegen Einschüchterungen und unfaire Praktiken im Wahlkampf immunisiert werden kann.

Die Rolle der Medien

Ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Qualität des Wahlprozesses – aus diesem Anlass hatte es 1998 und 2002 massive Kritik gegeben – ist der Zugang der Parteien zu den elektronischen Medien, Radio und Fernsehen. Bei den Wahlen 2003 wurde erstmals allen Parteien gestattet, über private Rundfunkanstalten Wahlwerbung zu betreiben. Allerdings lehnten es sechs Stationen ab, Werbezeit für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Außerdem verpflichteten sie sich selbst, sieben Wochen lang nicht über die Wahlkampagnen oder andere Neuigkeiten zu berichten, die im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen stünden. Dadurch sollte jegliche Form von unausgewogener Berichterstattung vermieden werden.

Somit wurde nur im staatlichen Fernsehsender TVK sowie bei zwei weiteren Radiostationen den Parteien die Möglichkeit gegeben, ihre Programme zu präsentieren. Der Anteil jeder Partei an der Sendezeit wurde in etwa proportional zur ihrer gegenwärtigen Stärke im Parlament bemessen (KVP 44 Prozent, FUNCINPEC 29 Prozent, SRP 18 Prozent und die restlichen Parteien zusammen neun Prozent der Gesamtzeit). Das verhinderte jedoch nicht, dass die Berichterstattung insgesamt sehr KVP-lastig war. Dies lag besonders daran, dass die Volkspartei sich durch ihre Regierungsarbeit einen deutlich höheren Anteil an Sendezeiten sichern konnte, während ihr Koalitionspartner FUNCINPEC von seiner Regierungsbe teiligung kaum profitierte.

Die Wahl selbst und der Nachwahlprozess

Bis auf wenige kleine Vorfälle verlief auch der Wahltag am 27. Juli ähnlich friedlich wie der Wahlkampf.

■ Bei den Wahlen 2003 wurde erstmals allen Parteien gestattet, über private Rundfunkanstalten Wahlwerbung zu betreiben. Allerdings lehnten es sechs Stationen ab, Werbezeit für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Allerdings wurden in manchen Wahlbezirken am Wahltag Probleme beobachtet. So gab es

- Weigerungen, die Urnen vor Öffnung des Wahllokals auf eventuellen Inhalt wie gefälschte Stimmzettel zu überprüfen;
- kurzfristige Ortswechsel des Wahllokals;
- Einschüchterungsversuche von Dorfchefs;
- verspätete Öffnung von Wahllokalen und die Benutzung nicht autorisierter Ausstattung (wie z.B. Stimmzettel);
- unsaubere Streichung von Wählern nach Abgabe ihrer Stimme in den Listen und mangelnde Kennzeichnung des Zeigefingers des Wählers durch Tinte;
- den Aufbau von Wahlkabinen vor Fenstern;
- keine Versiegelung der Wahlurnen sowie
- Weigerungen, Formblätter für Beschwerden an Wähler bei Bedarf auszuhändigen.

Mehr als 1800 Beschwerden wurden von Anfang Januar bis Ende August landesweit an die Provinzkommissionen übermittelt, während bei weiteren 389 (von denen jedoch 110 nicht angenommen wurden) die Zuständigkeit bei der Nationalen Wahlkommission lag. Wie zu erwarten, wurden sie fast alle zurückgewiesen. Da die Eingaben hauptsächlich von der SRP gestellt wurden, lässt dies die Vermutung zu, dass die Kommissionen nicht immer ihrem Auftrag zur Neutralität gerecht wurden. Der Umgang mit Wahlbeschwerden muss auch 2003 insgesamt als unzureichend kritisiert werden, auch wenn die Verfahren in diesem Jahr etwas transparenter als bei früheren Wahlen waren.

■ **Der Umgang mit Wahlbeschwerden muss auch 2003 insgesamt als unzureichend kritisiert werden, auch wenn die Verfahren in diesem Jahr etwas transparenter als bei früheren Wahlen waren.**

Wahlbeobachter und ihre Bewertungen

Zwar haben auch 2003 wieder zahlreiche Beobachter die Parlamentswahlen begleitet, allerdings hat sich ihre Zahl im Vergleich zu 1998 halbiert. Insgesamt fungierten mehr als 28000 Personen (darunter ca. 400 Ausländer) von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, Botschaften sowie der Europäischen Union (EU) als Lang- oder Kurzzeitbeobachter. Rückblickend kann festgestellt werden, dass in allen Regionen des Landes jede Phase der Wahl unter Aufsicht von zivilgesellschaftlichen Akteuren stand.

Allerdings waren nicht alle NROs unabhängig. Von insgesamt 102 kambodschanischen Nichtregierungsorganisationen wurden 76 dem KVP-Lager zugeordnet. Im Gegensatz dazu waren aber auch einige unparteiische NROs beteiligt, von denen das Neutral, Impartial Committee for Free and Fair Elections (NICFEC, mit 6000 Beobachtern auch die größte Nichtregierungsorganisation unter den Wahlbeobachtern) und COMFREL die bekanntesten sind. Zusammen mit der EU-Mission führten sie die bestorganisierte und anerkannteste Wahlbeobachtung durch; sie gelten nach wie vor als Garanten für größtmögliche Kontrolle und Transparenz und sind somit unersetzliche Akteure in Kambodschas Wahlprozessen.

NICFEC und COMFREL kommen zu der Bewertung, dass die Parlamentswahlen im Vergleich zu 1998 in einer verbesserten Art und Weise durchgeführt wurden. Obwohl weiterhin zahlreiche Unregelmäßigkeiten, Einschüchterungen, Stimmenkauf und Gewalt zu beobachten waren, sei besonders der gesteigerte Parteienwettbewerb als ein Anzeichen für Kambodschas fortschreitende Demokratisierung zu werten. Allerdings hielten auch sie den Umgang der Nationalen Wahlkommission mit Beschwerden nach den Wahlen für mangelhaft.

Die Beobachter der EU, 37 Langzeitbeobachter (ab 26. Juni 2003) und 80 Kurzzeitbeobachter, räumen zwar ein, dass die Wahlen gut durchgeführt wurden, kamen aber zu dem Schluss, dass noch einiges an Wegstrecke zu „vollständiger Demokratie“ zurückgelegt werden müsse. Während sie die Unregelmäßigkeiten als eher geringfügig beurteilen, kritisieren sie vor allem die politisch motivierte Gewalt, die „aufrührerische anti-vietnamesische Rhetorik“ einiger Parteien, den Einfluss der KVP auf die Medien und die mangelhafte Umsetzung einiger Direktiven der Nationalen Wahlkommission.

Das Cambodian Center for Human Rights (CCHR), finanziert vor allem aus den USA, kam als einzige wichtigere Organisation zu der Bewertung, dass durch die effektiven Einschüchterungen die Wahl nicht als frei eingestuft werden könne. Die Lösung zahlreicher Probleme sei jedoch nicht von weiteren Gesetzen zu erwarten, sondern sei in erster Linie eine Sache des Willens der politischen Führung Kambodschas.

■ Die Beobachter der EU, 37 Langzeitbeobachter (ab 26. Juni 2003) und 80 Kurzzeitbeobachter, räumen zwar ein, dass die Wahlen gut durchgeführt wurden, kamen aber zu dem Schluss, dass noch einiges an Wegstrecke zu „vollständiger Demokratie“ zurückgelegt werden müsse.

■ **Kambodscha blieb in den Wochen nach den Wahlen politisch stabil. Kabinettsitzungen fanden trotz des angedrohten und teilweise praktizierten Boykotts durch FUNCINPEC-Kabinettsmitglieder statt, so dass die Regierung handlungsfähig blieb.**

Machtkampf nach den Wahlen

Kambodscha blieb in den Wochen nach den Wahlen politisch stabil. Kabinettsitzungen fanden trotz des angedrohten und teilweise praktizierten Boykotts durch FUNCINPEC-Kabinettsmitglieder statt, so dass die Regierung handlungsfähig blieb. Es gab auch nur eine Demonstration mit etwa 25 Teilnehmern, die jedoch – obwohl sie friedlich war – von der Polizei aufgelöst wurde. Entgegen den Erwartungen lässt die Bildung einer neuen Regierung nach den Wahlen jedoch lange auf sich warten. Dies liegt vor allem an der Haltung von FUNCINPEC und SRP, die bis in den November hinein auf einer Allparteienregierung ohne Hun Sen beharrten. Dabei schlossen sich Prinz Ranariddh und Sam Rainsy in einer „Allianz der Demokraten“ zusammen. Die Bildung der Allianz war eine ausschließliche Entscheidung der Führungsebene der beiden Parteien, die sich noch im Wahlkampf heftigst bekämpft hatten. Das Verhalten der beiden Parteien in der Nachwahlphase ist von einer gewissen Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. Während sie das Wahlergebnis nicht anerkannten, fordern sie jedoch auf dieser Grundlage ihre Regierungsbeteiligung.

Erneut, wie bereits 1993 und 1998, waren die Hauptakteure der Parteien erst nach Intervention von König Sihanouk bereit, überhaupt Gespräche darüber aufzunehmen, wie man aus der Sackgasse herauskommen könne, in die man durch die Verfassungsvorschrift der Zweidrittelmehrheit für die Wahl von Parlamentspräsidium und Regierung und durch das kompromisslose Beharren der Parteiführer auf den eigenen Forderungen geraten war. In zwei Gesprächen unter Leitung des Königs Anfang und Mitte November einigte man sich grundsätzlich darauf, einer Dreiparteienkoalition zuzustimmen, in der die stärkste Partei, die KPV, das Recht haben sollte, einen Kandidaten ihrer Wahl dem Parlament als Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Eine Garantie dafür, dass in weiteren Gesprächen eine umfassende Vereinbarung als Grundlage einer solchen „Allparteienregierung“ zustande kommen werde, war dies aber noch nicht – ebenso wie noch niemand dafür garantieren wollte, ob denn Hun Sen, wenn er wieder von der KVP als Ministerpräsident vorgeschlagen würde, in der geheimen Abstimmung in der Nationalver-

sammlung die erforderlichen 82 Stimmen erhalten würde.

Wie geht es weiter?

Die Reaktionen der Parteien auf das Wahlergebnis und die Schwierigkeiten, eine neue Parlamentsführung zu wählen und ein politisches Paket für eine neue, handlungsfähige Regierung zu schnüren, haben gezeigt, wie brüchig und instabil die junge Demokratie noch ist und wie wenig entwickelt die Bereitschaft zu Kooperation und Kompromiss als Voraussetzung für eine funktionsfähige Demokratie in Kambodscha zwölf Jahre nach dem offiziellen Ende des Bürgerkriegs ist. In privaten Gesprächen äußern die Führer aller Parteien die Meinung, dass die Verfassungsvorschrift einer Zweidrittelmehrheit für die Wahl der Regierung ein Anachronismus sei und geändert werden müsse. Aber FUNCINPEC und SRP zeigten keine Bereitschaft, in der jetzigen Situation zusammen mit der KVP einer solchen Verfassungsänderung zuzustimmen und damit den Hebel für eine Regierungsbeteiligung aufzugeben. Sollte der vom König moderierte Prozess einer Einigung auf eine Dreiparteienkoalition unter Hun Sen doch noch scheitern und auch keine der beiden in der Allianz vereinigten kleineren Parteien zu einem Alleingang mit der KVP bereit sein, steht das Land vor einer schweren Verfassungskrise, in der auch Neuwahlen kaum einen Ausweg bieten würden, weil nicht damit gerechnet werden kann, dass die KVP oder die in der Allianz der Demokraten vereinigten FUNCINPEC und SRP dabei eine Zweidrittelmehrheit der Sitze in der Nationalversammlung erreichen würden. Aber auch, wenn es jetzt gelingt, sich auf eine solche Allparteienkoalition unter Hun Sen zu einigen, stehen dem Land schwierige und konfliktreiche Zeiten bevor.

Die SRP, die ihren relativen Wahlerfolg ihrer beißenden Kritik an Hun Sen, an der fortbestehenden Rechtlosigkeit im Land, an der ausufernden Korruption und an der Verfestigung von Elend und Armut in Teilen der Landbevölkerung verdankt, müsste ihren Wählern beweisen, dass sie auch in einer Koalition mit dem vorher verteufelten Hun Sen in der Lage ist, wesentliche Verbesserungen herbeizuführen. Wenn ihr das nicht gelingt (aber auch, wenn die KVP als größte Regierungspartei solche eventuellen Verbesse-

■ **Die Reaktionen der Parteien auf das Wahlergebnis und die Schwierigkeiten, eine neue Parlamentsführung zu wählen und ein politisches Paket für eine neue, handlungsfähige Regierung zu schnüren, haben gezeigt, wie brüchig und instabil die junge Demokratie noch ist.**

rungen der Öffentlichkeit gegenüber als ihr eigenes Verdienst ausgeben kann), gibt es kaum Chancen für die SRP, ihr Ergebnis von 2003 bei den nächsten Wahlen zu halten oder gar zu verbessern. Die von ihr gezeigten Missstände und Probleme lassen sich nicht lösen, ohne dass Fortschritte erzielt werden in zwei Bereichen, in denen die bisherige Regierung unter Hun Sen nicht in der Lage (manche sind der Meinung: nicht willens) war, Wesentliches zu ändern – der massiven Verwicklung führender Politiker und Vertreter der Sicherheitskräfte in die umfassenden Korruptionsstrukturen im Land und in die zahllosen großen und kleinen Rechtsbrüche mit nachfolgender Straflosigkeit. In einer von Hun Sen geführten Regierung lassen sich Fortschritte bei diesen Themen nicht gegen Hun Sen erreichen. Ja, es spricht manches dafür, dass nur ein Ministerpräsident Hun Sen, mit seiner großen Machtfülle und all seinen Beziehungen, hier Fortschritte erzielen könnte, nachdem sich Korruption in großem Umfang und ungeahndete Rechtsbrüche durch mächtige Persönlichkeiten (und die durchaus bereit sind, ihre Interessen gewaltsam zu verteidigen) strukturell verfestigt haben. Es wird Sam Rainsy außerordentlich schwer fallen, in dieser Konstellation mögliche Fortschritte bei diesen Schlüsselt Themen für sich reklamieren zu können – mit der Folge, dass er, trotz Einbindung in die Regierung, ständig den öffentlichen Konflikt mit Hun Sen und der KVP suchen muss. Die Folgen für die Stabilität der Regierung liegen auf der Hand.

FUNCINPEC befindet sich, sollte die Allparteienregierung zustande kommen, in einer ähnlich schwierigen Situation: Ihre schwere Wahlniederlage ist – neben den dargestellten Entwicklungen im Wählerstamm – vor allem darauf zurückzuführen, dass sie neben der dominierenden KVP in der vergangenen Regierung kaum als Aktivposten wahrgenommen wurde, so dass sie zwar als Regierungspartei für die fortbestehenden Missstände mitverantwortlich gemacht wurde, ihr aber kaum jemand mehr zutraut, dass sie Veränderungen wirklich herbeiführen kann oder will. In einer Allparteienkoalition müsste sie sich ständig aggressiv nicht nur gegen die KVP, sondern auch gegen die SRP absetzen, die ja in der Bevölkerung viel stärker das Image der Reformpartei hat, um nicht bei den nächsten Wahlen völlig

zerrieben zu werden. Auch hier liegen die Folgen für die Stabilität der kommenden Regierung auf der Hand.

Für beide, FUNCINPEC und SRP, könnte es in dieser schwierigen Situation von großem Vorteil sein, wenn sie sich möglichst frühzeitig zu einer Partei (wieder)vereinigten. Dies würde nicht nur ihr Gewicht gegenüber der auch dann noch übermächtigen KVP erhöhen, es würde ihnen auch die vor allem für FUNCINPEC notwendige Profilierung gegen den Partner in der Allianz der Demokraten ersparen. Darüber hinaus würde die SRP, die unter einem eklatanten Mangel an qualifizierten Führungspersonlichkeiten leidet, von dem Druck befreit, wichtige Positionen mit engagierten, aber unerfahrenen Parteikaktivisten zu besetzen, die solchen Aufgaben noch nicht gewachsen sind.

Für die KVP bedeutet eine Allparteienkoalition unter Hun Sen, dass sie sich entweder erstmals seit 1993 ernsthaft auf eine Aufgabe vieler Machtpositionen und den Abbau verfestigter Machtstrukturen sowie die Bekämpfung von Korruption und Rechtlosigkeit einlassen müsste, oder ein Scheitern der Koalition nach kurzer Zeit riskierte. Bei den dann unvermeidlichen Neuwahlen könnte durchaus ein deutlicher Stimmenzuwachs für die kooperierenden oder gar bereits vereinten Parteien der Allianz der Demokraten die Folge sein, wenn es diesen gelingt, die Reformunwilligkeit oder -unfähigkeit der KVP als Grund für das Scheitern der Koalition in der Öffentlichkeit glaubhaft zu vermitteln. Ohne spekulieren zu wollen, kann festgestellt werden, dass wohl einiges dafür spräche, in einer solchen Allparteienkoalition einige grundlegende Reformen gemeinsam anzugehen und dann, nach Inkrafttreten einer Verfassungsänderung, die die Zweidrittelvorschrift für die Wahl der Regierung beseitigt, möglicherweise vorzeitig Neuwahlen auszuschreiben, bevor die oben dargestellte zerstörerische Dynamik innerhalb der Regierung sich voll entwickeln könnte.

■ Zusammenfassung

Es ist weder möglich noch angebracht, eine abschließende und eindeutige Antwort auf die Frage zu finden, ob die Wahlen in Kambodscha frei und fair waren oder nicht. Die Parlamentswahlen sind vielmehr

■ Es ist weder möglich noch angebracht, eine abschließende und eindeutige Antwort auf die Frage zu finden, ob die Wahlen in Kambodscha frei und fair waren oder nicht. Die Parlamentswahlen sind vielmehr als ein weiterer, insgesamt positiver Schritt in Richtung auf Festigung der demokratischen Entwicklung zu werten.

als ein weiterer, insgesamt positiver Schritt in Richtung auf Festigung der demokratischen Entwicklung zu werten.

Die weiterhin jenseits der demokratisch legitimierten Positionen dominierenden Einflüsse der KVP in den politischen und gesellschaftlichen Machtstrukturen des Landes können nur mittel- und langfristig abgebaut werden. Freie journalistische Berichterstattung auf hohem Niveau, unabhängige und kompetente Gerichte, Fortführung der Dezentralisierung der Staatsstruktur und Festigung der kommunalen Selbstverwaltung sowie ein verbessertes Bildungsniveau der Bevölkerung werden am ehesten dazu führen, die derzeit noch bestehenden undemokratischen Strukturen abzubauen.

Die Situation nach den Wahlen deutet auf eine Periode der Konflikte oder gar ernsthafter Krisen hin. In dieser Zeit wird der in Kambodscha sehr einflussreichen internationalen Gebergemeinschaft eine wichtige Rolle zukommen, auf die kambodschanischen Akteure im Sinne von Mäßigung, Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft einzuwirken. Letztlich könnte so die sich abzeichnende Krise auch zur Chance werden, einen großen Schritt in Richtung auf Umsetzung und Stabilisierung der Demokratie zu unternehmen: einerseits durch Normalisierung des verfassungsrechtlichen Rahmens (Einführung der absoluten oder sogar nur einfachen Mehrheit für die Wahl von Parlamentspräsidium und Regierung, Klärung der Rolle des Senats, der zweiten Parlamentskammer, Verankerung dezentraler Staatsstrukturen und kommunaler Selbstverwaltung), vor allem aber – andererseits – durch ein ernsthaftes Angehen der zentralen Probleme der Verknüpfung von politischer Macht und Korruption sowie der Recht- und Straflosigkeit im Alltag des Landes.